



Beschlussantrag

Einreicher:

Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/ FREIE SACHSEN

Gegenstand:

Kündigung der Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz

Kostendeckungsvorschlag:

(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	14.05.2025	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

- 1.) Die Verwaltung wird aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen für eine sofortige Suspendierung der Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz, Dr. Florence Thurmes, zu prüfen und im Falle eines positiven Prüfergebnisses eine sofortige Suspendierung zu veranlassen.
- 2.) Das Arbeitsverhältnis zwischen der Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz und der Stadtverwaltung Chemnitz wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt.

Martin Kohlmann

Unterschrift

Begründung:

Durch das Verhalten von Dr. Florence Thurmes wurde der Stadt Chemnitz im Kulturhauptstadtjahr 2025 ein schwerer Ansehensverlust zugefügt.

Frau Dr. Thurmes ist Mitglied der nur dreiköpfigen Jury, welche die Verleihung des 27. Bundespreises für Kunststudierende, der alle zwei Jahre durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ausgeschrieben, sowie mit einer 30.000 Euro hohen Prämie belohnt, wird. Im Jahr 2025 wurde als Preisträgerin Hanna S. auserkoren, eine Linksextremistin, die Mitglied der berüchtigten Antifa-Hammerbande sein soll und sich derzeit wegen versuchtem Mord vor dem Oberlandesgericht München verantworten muss. In der Preisbegründung heißt es, dass sich S. künstlerisch gegen den „Rechtsruck“ eingesetzt hätte. Mit keinem Wort wird thematisiert, dass es sich bei S. um eine mutmaßliche Schwerverbrecherin handelt, die – vom Hass auf andere politische Ansichten getrieben - fast ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, für ihre Taten in Untersuchungshaft sitzt und eine lange Haftstrafe erwartet.

Die Verleihung des Preises für eine linksextreme Gewalttäterin hat eine große Welle der Empörung ausgelöst. Zahlreiche Medien, etwa „Tichys Einblick“ oder „COMPACT“, berichten bereits. Dass die Chefin der Chemnitzer Kunstsammlungen maßgeblich dafür verantwortlich ist, den Bundespreis für Kunststudierende an eine inhaftierte Extremistin zu verleihen und bisher in der Öffentlichkeit

keinerlei Reue für diese Entscheidung gezeigt hat, schädigt das Ansehen der gesamten Stadt. Die Kunstsammlungen werden durch dieses Verhalten dem Verdacht ausgesetzt, mindestens heimlich mit linksextremen Gewalttätern zu sympathisieren, was insbesondere vor der großen Öffentlichkeit, welche die Stadt Chemnitz laut Aussagen führender Vertreter der Stadtverwaltung im Kulturhauptstadtjahr erfährt bzw. erwartet, einer massiven Rufschädigung gleichkommt. Politische Gewalt ist stets zu ächten und es darf nicht der Verdacht aufkommen, heimlich mit militanten Antifa-Rollkommandos zu sympathisieren. Wer sich nicht klar von solchen Einstellungen distanziert, kann keine führende Position in unserer Stadt bekleiden.